

Beim Lesen dieses Handelsblatt-Beitrages reibt man sich die Augen, von welchen Institutionen und Personen der "Zerfall Deutschlands" wegen unzureichender öffentlicher Infrastrukturinvestitionen beklagt wird: Dem Deutschen Industrie- und Handelskammertag (DIHK), dem arbeitgebereigenen Institut der deutschen Wirtschaft (IW), der Vereinigung hessischer Unternehmerverbände (VHU) sowie dem stellvertretenden Vorsitzenden der SPD-Bundestagsfraktion, Hubertus Heil. Zwar ist deren Diagnose sowohl hinsichtlich der aktuellen Lage als auch hinsichtlich der desaströsen Auswirkungen auf die zukünftige ökonomische Entwicklung in Deutschland zurecht. Die lautstark vorgetragene Klage folgt jedoch der Methode "Haltet Dieb!". Denn sowohl die arbeitgebereigenen Institutionen als auch die rot-grüne Bundesregierung (ebenso wie die Union und FDP) haben in den vergangenen 20 Jahren alles dafür getan, den Staat und damit die öffentlichen Haushalte wegen der massiven Steuersenkungen zu Gunsten von Spitzenverdienern, großen Vermögern und Erbschaften sowie der Unternehmen verarmen zu lassen. Im Gegensatz dazu schwimmen heutzutage die Spitzenverdiener und Eigentümer großer Vermögen sowie große Teile der Wirtschaft geradezu im Geld.

Durch die Einführung der sog. "Schuldenbremse" droht in den kommenden Jahren eine weitere Verschärfung der Lage. Unter der Überschrift "Finanzplan bis 2016 im Kabinett: „Schwarze Null“ in wenigen Jahren" heißt es in der heutigen taz:

<http://www.taz.de/Finanzplan-bis-2016-im-Kabinett/!90053/>

"Einen „nahezu ausgeglichenen Haushalt“ bis 2016 schreibt die Schuldenbremse im Grundgesetz vor. Dafür ausschlaggebend ist aber nicht die tatsächliche Neuverschuldung, sondern das sogenannte strukturelle Defizit – also das um Konjunktur- und Einmaleffekte bereinigte Minus. Die Vorgaben der Schuldenregel im Grundgesetz will Schäuble nun schon 2014 einhalten – zwei Jahre früher als nötig.

Nach der Schuldenregel darf der Bund in wirtschaftlich normalen Zeiten nur noch wenig neue Schulden machen. Das Strukturdefizit muss bis 2016 auf 0,35 Prozent der Wirtschaftsleistung gedrückt werden. Nun wird bereits für 2014 ein Wert von 0,26 Prozent angestrebt. Für den schnelleren Schuldenabbau zapft Schäuble auch die üppig gestiegenen Milliarden-Reserven der Sozialkassen an.

So sollen bei der Bundesagentur für Arbeit (BA) 2013 zwei Milliarden und danach jährlich eine Milliarde Euro wegfallen. Schäuble will die Finanzströme zwischen Bund und BA entflechten und zwei gegenläufige Zahlungen verrechnen. So führt die BA vier Milliarden Euro an den Bund ab für die Eingliederung von Langzeitarbeitslosen. Zugleich zahlt der Bund der BA aktuell sechs Milliarden aus der Mehrwertsteuererhöhung von 2005. Beides soll gestrichen werden, so dass beim Bund zwei Milliarden verbleiben.

Zudem soll der Bundeszuschuss für die Rentenkasse um jährlich eine Milliarde Euro gekürzt werden. Schäuble muss künftig aber dauerhaft für die Zuschussrente Bundesmittel bereitstellen. Schließlich erhält Schäuble zur Haushaltssanierung einmalig zwei Milliarden Euro aus den Reserven der gesetzlichen Krankenversicherung (GKV). Dabei handelt es sich um den Betrag, der aus dem Bundeshaushalt an die GKV geflossen ist, um für Geringverdiener bis 2014 Zusatzbeiträge abzufedern."

Die im Handelsblatt-Beitrag genannten Institutionen und Personen wären mit ihrer Kritik bedeutend glaubwürdiger, wenn sie bisherigen ökonomischen Scheuklappen ablegen und stattdessen ohne falsche Rücksichtnahme auf die verheerenden ökonomischen Folgen aufmerksam machen würden, die aus der Umsetzung der deutschen "Schuldenbremse" und der unter massivem deutschem Druck geplanten europäischen "Schuldenbremse" drohen. Der taz-Beitrag zeigt darüber hinaus, daß neben den staatlichen Infrastrukturinvestitionen auch die sozialen Sicherungssysteme durch die "Schuldenbremse" zur Ader gelassen würden.

Die ideologische Verengung des Blickwinkels lediglich auf die Ausgabenseite der Staatshaushalte blendet bewußt insbesondere die ökonomischen und gesellschaftlichen Entwicklungen innerhalb der skandinavischen Staaten aus. Diese machen deutlich, daß vergleichsweise hohe Staatsquoten und Abgabenquoten (Steuern und Sozialversicherungsabgaben in Prozent vom Bruttoinlandsprodukt) entgegen der neoliberalen Propaganda keinesfalls den ökonomischen

Niedergang der Staaten bedeuten, sondern vielmehr hohe Wachstumsraten des Bruttoinlandsprodukts, positive Außenhandelsalden, niedrige Staatsschuldenquoten (Staatsverschuldung in Prozent vom Bruttoinlandsprodukt) und eine gute Ausstattung und Versorgung mit öffentlichen Investitionen (Infrastruktur) und Leistungen (Bildung, Gesundheit, Kinder- und Altenbetreuung) hervorbringen.

Wer verhindern möchte, daß weder die staatlichen Haushaltsdefizite aus dem Ruder laufen, noch die öffentlichen Infrastrukturinvestitionen und die sozialen Sicherungssysteme ausgeblutet werden, sollte ganz entschieden dafür Sorge tragen, daß mit Hilfe der Steuerpolitik die in den vergangenen 20 Jahren massiv angewachsene Ungleichverteilung von Einkommen und Vermögen wieder auf ein ökonomisch sowie gesellschafts- und sozialpolitisch verträgliches Maß zurückgeführt wird. Dies würde einerseits den staatlichen Akteuren die notwendigen finanziellen Handlungsspielräume eröffnen, andererseits würden sowohl die staatlichen Infrastrukturinvestitionen als auch die sozialen Sicherungssysteme (Stichwort: Kaufkraft der schwächeren Einkommensschichten) die realwirtschaftliche Entwicklung positiv unterstützen. Dem "internationalen Spielcasino" hingegen würde Spekulationskapital entzogen werden, wodurch Gefahr der Bildung neuer, auch die Realwirtschaft bedrohender Spekulationsblasen reduziert würde.

Der Aufsichtsratsvorsitzende von Siemens und Thyssen Krupp, Gerhard Cromme, äußerte sich kürzlich kritisch zur wachsenden Spaltung unserer Gesellschaft in Reiche und Arme. Crommes bitteres Fazit: „Oben werden sie immer reicher, unten herrscht im günstigsten Fall Stagnation. Ich glaube fest an das Solidarprinzip unserer Gesellschaft. Dazu müssen auch die Besserverdiener ihren Beitrag leisten.“

Würden die im Handelsblatt-Bericht genannten Institutionen und Personen die Worte Gerhard Crommes zur Handlungsmaxime ihrer Kritik an den ausblutenden staatlichen Infrastrukturinvestitionen erheben, dann wäre dies deutlich glaubwürdiger. In der Konsequenz würde dies den staatlichen Haushalten v.a. über eine Neuausrichtung der Steuerpolitik die in den vergangenen 20 Jahren Schritt für Schritt abhanden gekommenen finanziellen Handlungsspielräume zurückgeben und damit sowohl die ökonomische als auch die gesellschaftliche Entwicklung auf ein zukunftsfähiges Fundament stellen.